Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2891**

16. Wahlperiode 09. 10. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Müller (Braunschweig), Ilse Aigner, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten René Röspel, Jörg Tauss, Nicolette Kressl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/1547 –

Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Hans-Josef Fell, Kai Boris Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/710 –

Zukunftsfähige Forschung in Europa stärken

A. Problem

Zu Nummer 1

Die schnell voranschreitende Globalisierung und der internationale Wettbewerb in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung stellen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vor große gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Der Prioritätensetzung in Zukunftsfelder der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Die Forschungsrahmenprogramme sind das wichtigste Förderinstrument der Europäischen Union zur Realisierung eines wettbewerbs- und leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraums. Im Rahmen der Lissabon-Strategie sind sie zu einem wichtigen Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung geworden. Der Erfolg des Siebten Forschungsrahmenprogramms hängt entscheidend davon ab, dass die Konzentration auf innovative marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsfelder gelingt, Wettbewerb und Exzellenz Kriterien für die Mittelvergabe werden und die Rahmenbedingungen und Verfahren transparenter und unbürokratischer gestaltet werden.

Zu Nummer 2

Das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union hat eine zentrale Bedeutung für das Erreichen des strategischen Ziels der Lissabon-Strategie, nach dem sich Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt. Neben der Ausrichtung der Forschung auf ökonomisches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit müssen auch andere Ziele der Lissabon-Agenda, wie eine nachhaltige Entwicklung in Gesellschaft und Umwelt, verwirklicht werden.

Die von den Staats- und Regierungschefs auf dem Dezembergipfel 2005 festgelegte Ausgabenobergrenze für den Finanzrahmen der Europäischen Union liegt deutlich unter dem Vorschlag der EU-Kommission, eine Verdoppelung des Forschungsetats vorzusehen. Vor dem Hintergrund begrenzter Finanzmittel und angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Wettbewerb ist eine Prioritätensetzung auf besonders zukunftsträchtige Forschungsbereiche unabdingbar. Die Effizienz der eingesetzten Finanzmittel muss gesteigert und neue Programmstrukturen müssen geschaffen werden, die die Mobilität von Forscherinnen und Forschern fördern und alle Forschungseinrichtungen – inklusive der Hochschulen – einbinden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Gestaltung des Siebten Forschungsrahmenprogramms einzusetzen, die eine Chance für die Stärkung der Innovationskraft Deutschlands eröffnet.

Im Einzelnen ist auf die Kontinuität des Bewährten, Fokussierung auf angewandte Forschung und Schlüsseltechnologien, Förderung von Wettbewerb und Exzellenz, Qualifikation und Mobilität der Wissenschaftler, Evaluierung des Erreichten sowie Entbürokratisierung von Strukturen und Verfahren hinzuwirken.

Eine besondere Bedeutung kommt der Berücksichtigung des Leitbildes der Nachhaltigkeit und ethischer Maßstäbe der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Forschung an menschlichen Embryonen und Stammzellen zu.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1547 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zur Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit des Siebten Forschungsrahmenprogramms sein Finanzrahmen deutlich über den des Sechsten Forschungsrahmenprogramms erhöht wird. Bildung, Forschung und Innovation müssen verknüpft, Prioritäten auf besonders zukunftsträchtige Forschungsbereiche gesetzt, Strukturen vereinfacht sowie die Themenschwerpunkte noch stärker an den sozialen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen sowie an den Werten der Gemeinschaft ausgerichtet werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/710 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1547.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/710.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag Drucksache auf 16/1547 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/710 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2006

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Carsten Müller (Braunschweig)
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Carsten Müller (Braunschweig), René Röspel, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/1547** in seiner 36. Sitzung am 19. Mai 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/710** in seiner 23. Sitzung am 10. März 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die schnell voranschreitende Globalisierung und der internationale Wettbewerb in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung stellen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nach Auffassung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vor große gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Der Prioritätensetzung in Zukunftsfelder der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Die Forschungsrahmenprogramme sind das wichtigste Förderinstrument der Europäischen Union zur Realisierung eines wettbewerbs- und leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraums. Im Rahmen der Lissabon-Strategie sind sie zu einem wichtigen Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung geworden. Deutschland liegt vor dem Hintergrund erfolgreicher Regierungspolitik mit einem Anteil von 2,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung über dem europäischen Durchschnitt.

Der Erfolg des Siebten Forschungsrahmenprogramms hängt entscheidend davon ab, dass die Konzentration auf innovative marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsfelder gelingt und Wettbewerb und Exzellenz Kriterien für die Mittelvergabe werden. Außerdem ist eine transparente und unbürokratische Gestaltung der Rahmenbedingungen unerlässlich. Für eine erfolgreiche Teilnahme am internationalen Wettbewerb erhalten innovative Forschungsbereiche wie IuK-Technologien, Lebenswissenschaften, Nano- und optische Technologien, Verkehr, Energie und Umwelt eine besondere Bedeutung. Der besondere Stellenwert der Energieforschung, Raumfahrt und der Sicherheitsforschung für Gesellschaft, Ökonomie und Ökologie wird ebenfalls hervorgehoben.

Die EU-Kommission hat mit der vierteiligen Struktur Kooperationen, Ideen, Menschen und Kapazitäten klare innovationspolitische Prioritäten gesetzt. Die Einrichtung eines Europäischen Forschungsrates zur Unterstützung der Grundlagenforschung wird begrüßt. Damit neue Forschungsergebnisse möglichst schnell neue Produkte nach sich ziehen, ist eine frühzeitige und enge Einbindung von Unternehmen in das Siebte Forschungsrahmenprogramm notwendig. Zur Erleichterung der Partizipation von kleinen und mittleren Unternehmen ist eine Förderstruktur- und Verfahrensvereinfachung notwendig.

Globalisierung, europäische Integration und die Transformation zur Wissensgesellschaft sowie ihre Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung erfordern auch eine Einbeziehung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit einem breiten Maßnahmenpaket für eine Gestaltung des Siebten Forschungsrahmenprogramms einzusetzen, die eine Chance für die Stärkung der Innovationskraft Deutschlands eröffnet.

Im Einzelnen ist auf die Kontinuität des Bewährten, Fokussierung auf angewandte Forschung und Schlüsseltechnologien, Förderung von Wettbewerb und Exzellenz, Qualifikation und Mobilität der Wissenschaftler, Evaluierung des Erreichten sowie Entbürokratisierung von Strukturen und Verfahren hinzuwirken.

Eine besondere Bedeutung kommt der Berücksichtigung des Leitbildes der Nachhaltigkeit und ethischer Maßstäbe der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Forschung an menschlichen Embryonen und Stammzellen zu.

Der Deutsche Bundestag ist regelmäßig über die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament im Hinblick auf die Konzeption des Siebten Forschungsrahmenprogramms zu informieren.

Zu Nummer 2

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union eine zentrale Bedeutung für das Erreichen des Ziels der Lissabon-Strategie habe. Europa soll sich bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln. Neben der Ausrichtung der Forschung auf ökonomisches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit müssen auch andere Ziele der Lissabon-Agenda, wie eine nachhaltige Entwicklung in Gesellschaft und Umwelt, verwirklicht werden.

Die von den Staats- und Regierungschefs auf dem Dezembergipfel 2005 festgelegte Ausgabenobergrenze für den Finanzrahmen der Europäischen Union liegt deutlich unter

dem Vorschlag der EU-Kommission, eine Verdoppelung des Forschungsetats vorzusehen. Vor dem Hintergrund begrenzter Finanzmittel und angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Wettbewerb ist eine Prioritätensetzung auf besonders zukunftsträchtige Forschungsbereiche unabdingbar. Die Effizienz der eingesetzten Finanzmittel müsse gesteigert und neue Programmstrukturen geschaffen werden, die die Mobilität von Forscherinnen und Forschern fördern und alle Forschungseinrichtungen, inklusive der Hochschulen, einbinden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zur Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit des Siebten Forschungsrahmenprogramms sein Finanzrahmen deutlich über den des Sechsten Forschungsrahmenprogramms erhöht wird. Bildung, Forschung und Innovation müssen verknüpft, Prioritäten auf besonders zukunftsträchtige Forschungsbereiche gesetzt, Strukturen vereinfacht sowie die Themenschwerpunkte noch stärker an den sozialen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen sowie an den Werten der Gemeinschaft ausgerichtet werden.

Die Bundesregierung wird im Einzelnen u. a. aufgefordert,

- dafür Sorge zu tragen, dass Mittelkürzungen eher zu Lasten des ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) oder der Agro-Gentechnik und nicht auf Kosten zukunftsfähiger Technologien erfolgen sollten,
- sich für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzusetzen und geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen,
- die Grundlagenforschung zu stärken und sich für die Einrichtung des gemeinsamen Forschungsrates einzusetzen,
- vor allem im Hinblick auf die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie kleineren Forschungseinrichtungen auf transparente, unbürokratische und nutzerfreundliche Strukturen und Verfahren hinzuwirken,
- kontinuierlich und zeitnah den Deutschen Bundestag über den Fortgang der Programmkonzeption und Umsetzung zu informieren,
- sich vor Ablauf der entsprechenden Fristen für eine Kündigung der EURATOM-Verträge und für eine Verlagerung der Finanzmittel auf erneuerbare Energien einzusetzen.

Im Rahmen der ökonomischen Schwerpunktsetzung ist eine Industriezentrierung zu vermeiden und der wachsenden Bedeutung des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors Rechnung zu tragen.

Die technologiezentrierte Struktur des Programms sollte um problemorientierte Ansätze ergänzt werden. Exzellenz wird als zentrales Kriterium für die Auswahl von Förderprojekten angesehen.

Im Zusammenhang der Weiterentwicklung und Akzeptanz von Schlüsseltechnologien in der Gesellschaft sind eine umfassende Technikfolgenabschätzung und ein breiter gesellschaftlicher Diskurs anzustreben.

Die gemeinsame Forschungsförderung berührt auch bioethische Fragestellungen. Im Interesse der Chancengleichheit aller Mitgliedstaaten sollten Forschungsvorhaben nicht gefördert werden, an denen sich einzelne Mitgliedstaaten aus Rechtsgründen nicht beteiligen können.

Die antragstellende Fraktion nimmt Stellung zu den einzelnen Programmbestandteilen des Siebten Forschungsrahmenprogramms Kapazitäten, Menschen, Ideen und Zusammenarbeit (Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, Material- und neue Produktionstechnologien, Energie, Umweltforschung, Verkehr, Geistes- und Sozialwissenschaften, Sicherheitsforschung, Weltraumforschung).

Sie fordert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu einem umfangreichen Maßnahmenkatalog auf (siehe Drucksache 16/710, Seite 5 bis 15).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie,** der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,** der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,** der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,** der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,** der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/1547 anzunehmen.

Der mitberatende **Verteidigungsausschuss** und der **Haushaltsausschuss** haben mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/1547 anzunehmen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/710 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 12. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten und empfiehlt:

– Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1547 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.;

– Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/710 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die Abstimmung der Anträge auf den Drucksachen 16/1547 und 16/710 erfolgte ohne vorherige Debatte.

Berlin, den 9. Oktober 2006

Carsten Müller (Braunschweig)
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333